

MALI

Desaster im Sand

Weite Teile der Sahelzone geraten außer Kontrolle: In Mali bekämpfen Putschisten Loyalisten, Tuareg-Rebellen haben ihren eigenen Staat ausgerufen – und kooperieren mit Islamisten.

Panzerwagen dröhnten durch die verödeten Straßen von Bamako. Im Westen der Hauptstadt Malis ratterten vergangene Woche die Sturmgewehre, vor allem rund um die Kaserne der Präsidentengarde und in den Elendsvierteln.

Es war der bislang letzte Kampf von loyalen Truppen der alten Regierung gegen jene Putschisten, die Ende März die Macht übernommen hatten. Der neue Premier, Scheich Modibo Diarra, klagte über den „Versuch, unser Land zu destabilisieren“, und wettete gegen „ausländische Elemente“ und „finstere Mächte“ als Drahtzieher des Aufstands.

Regierungschefs der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas trafen sich zu einem Notfall-Gipfel, weil ausgerechnet Mali, das lange als demokratisches Vorzeigeland galt, ins Chaos abgleitet: Zwei Drittel des Wüstenstaats sind außer Kontrolle geraten, selbst in der Hauptstadt halten sich die Putschisten nur mühsam.

Und nicht nur Mali ist zu einem Hexenkessel geworden, in weiten Teilen der Region ist es kaum anders: Tuareg-Rebellen haben ihren eigenen Staat namens Azawad ausgerufen, mit ihnen sind Islamisten der „Ansar al-Din“ einmarschiert, die eng zusammenarbeiten mit den Terroristen von „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (AQMI). In ganzen Landstrichen herrschen Banden, die mit Geiselnahmen, Drogen- und Waffenschmuggel Millionen machen. Und oft ist nicht zu unterscheiden, wer Tuareg, Terrorist oder Gangster ist.

„Sehr, sehr besorgniserregend“ nannte der algerische Premier Ahmed Ouyahia die Situation. Der Chef des Zentrums für strategische Studien in Algier, Mhand Berkouk, befürchtet eine „Afghanisierung der gesamten Sahel-Region“. Der neue Staat Azawad im Norden Malis könne, so Berkouk, eine Heimat für Terroristen aus aller Welt werden.

Genau deshalb putschten auch die malischen Soldaten um Hauptmann Amadou Sanogo, der am 21. März den langjährigen Präsidenten Amadou Touré stürzte. Sie rebellierten, um ihre verzweifelte Lage im Kampf gegen die Tuareg zu verbessern. Präsident Touré warfen sie „Unfähigkeit im Kampf gegen den islamischen Terror“ vor.

Doch bislang haben die Putschisten das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten. Wenige Tage nach dem Sturz Tourés rollten Tuareg und Ansar-al-Din-Kämpfer mit der schwarzen Islamistenfahne auf Geländewagen durch Gao und Timbuktu, Städte, die sie nun kontrollieren. Mit dem Rückzug der malischen Staatsmacht ist in der Sahara und der Sahelzone über Nacht eine Fläche von der vierfachen Größe Frankreichs unregierbar geworden. Denn die Islamisten bewegen sich seither nahezu unbehelligt in einem Raum, der sich von Tindouf im Westen Algeriens bis an die libysch-tschadische Grenze erstreckt und im Süden bis in den Norden Nigerias hineinreicht.

Dort verschoben sie Waffen und Drogen, nehmen Geiseln und planen Anschläge: Im Februar 2011 versuchten sie, den mauretanischen Präsidenten Mohamed Ould Abdel Aziz mit gut einer Tonne Sprengstoff aus dem Weg zu bomben. Sie kidnapteten Kanadier in Niger und wollten auch einen deutschen Diplomaten in Nouakchott entführen.

Noch ist unabsehbar, wie sich der neue Staat Azawad behaupten will, wer genau dort herrschen wird. Sind es die Anhänger der Qaida, die umgehend die Scharia zur Rechtsgrundlage Azawads erklärten? Oder die säkularen Tuareg, die sich in der MNLA („Mouvement national pour la libération de L'Azawad“) versammelt haben? Und was ist mit der Splittergruppe

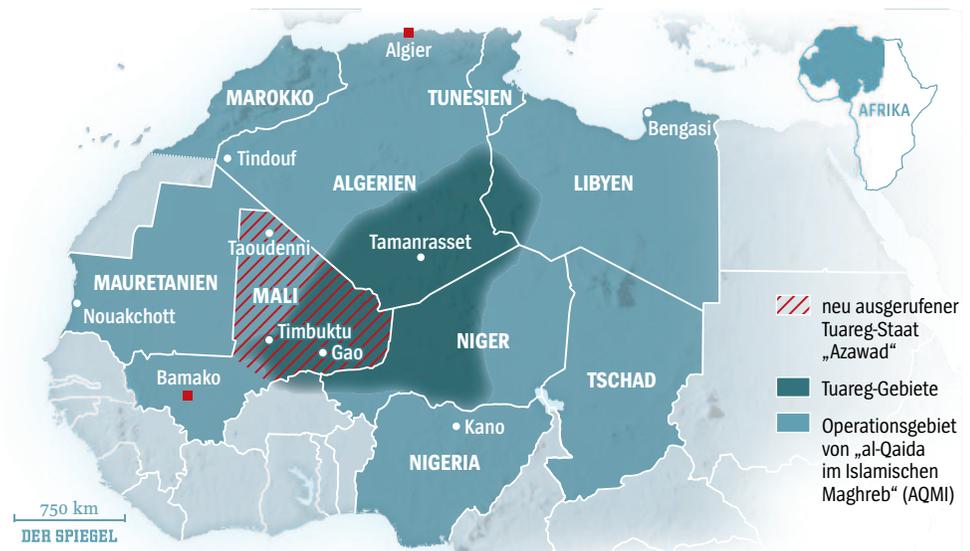
„Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika“ (Mujao), die sich auf Entführungen spezialisiert hat und zurzeit mindestens zehn Geiseln in Gefangenschaft hält?

Das Chaos im Norden, der Vormarsch der Rebellen, der Sturz von Präsident Touré, all das kam für westliche Diplomaten und Geheimdienste nicht überraschend. Von der Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlichte Schreiben der US-Botschaft in Bamako offenbarten im Herbst 2010, welch hoffnungslosen Kampf die malische Armee im eigenen Land führte.

So schilderten die US-Diplomaten einen Überfall von Qaida-Kämpfern auf malische Soldaten am 4. Juli 2009. Er endete in einem Debakel für die Armee. „Sechs Tage nach dem tödlichen Überfall ist die genaue Zahl der betroffenen Soldaten unklar“, berichteten die Amerikaner: „Nachdem sie die schlimmsten Verluste seit 1991 erlitt, hat die malische Armee Patrouillenfahrten in der Region eingestellt und ihre Truppen vorübergehend ins vergleichsweise sichere Timbuktu zurückgezogen.“ Der Feind sei sehr viel besser ausgerüstet und beweglicher, konstatierten die US-Diplomaten.

Kurz darauf besuchten amerikanische Soldaten einen Militärposten im Nordosten und stellten „jammervolle Engpässe bei der Grundversorgung und der logistischen Ausrüstung“ fest. Etwa die Hälfte der Soldaten des Postens sei im Einsatz gegen Qaida-Leute gewesen, die anderen hätten nur „drei einsatzbereite Fahrzeuge, darunter zwei Pick-ups und einen Kleinbus“ gehabt. Die Waffen der Militärs stammten „aus den sechziger Jahren“.

Die Amerikaner schickten Geld, Material und Ausbilder. Fünf Wochen lang trainierten Elitesoldaten der U. S. Army aus Colorado Männer einer malischen Spezialeinheit. Und erfuhren Erstaunliches: „Als die Überlebenden des Anschlags ge-





Putschist Sanogo: Verzweifelter Kampf gegen die Tuareg



Islamisten bei Timbuktu: „Afghanisierung der gesamten Sahel-Region“

fragt wurden, warum sie so viele Fahrzeuge zurückgelassen hätten, die dann AQMI in die Hände fielen, sagten sie, die Fahrer seien umgebracht worden, und niemand sonst in der Einheit habe fahren können. Als sie gefragt wurden, warum sie nicht ein schweres Maschinengewehr eingesetzt hätten, antworteten sie, der Schütze sei ebenfalls getötet worden – und er sei der Einzige gewesen, der die Waffe habe bedienen können.“

Der Einsatz der Amerikaner konnte das Desaster im Sand der Wüste nicht aufhalten. Die Moral der malischen Soldaten ist erbärmlich, zudem konnten sich die Tuareg im vergangenen Jahr im Getümmel des libyschen Bürgerkriegs schwere Waffen besorgen – Raketenwerfer, Panzerfahrzeuge und angeblich auch Flugabwehrraketen. Dabei geht es nicht

nur um eine militärische Niederlage in Mali. Das Scheitern ist umfassender.

Was Ende 2010 in Nordafrika als Arabischer Frühling begann und im Westen so viel Unterstützung fand, hat an vielen Orten der islamischen Welt längst neue Extreme befördert. Vor allem in der Sahara stoßen der Ruf nach Demokratie und Freiheit und die Forderung nach Mitbestimmung auf Widerstand. Die Fundamentalisten haben sich neu organisiert: Im Süden Libyens ringen sie um Einfluss, im lange friedlichen Tamanrasset im Süden Algeriens sprengte sich Anfang März ein Selbstmordattentäter vor einer Polizeistation in die Luft. In Nouakchott gingen wenig später erstmals in der Geschichte Mauretaniens fundamentalistische Frauen auf die Straße. Sie forderten nicht etwa Gleichberechtigung: „Nieder

mit der Demokratie!“, skandierten sie, und: „Führt die Scharia ein!“

Die Nato habe Libyens Bengasi gerettet und dafür Timbuktu in Mali verloren, sagt Gregory Mann, Professor in New York und ausgewiesener Sahel-Experte.

Die Schwäche des Staates ist ein Grund für die Instabilität der Region, neue profitable Geschäftsfelder sind ein anderer: Wo einst Zigarettenschmuggler durch die Wüste zogen, werden heute pro Jahr 50 bis 60 Tonnen Kokain im Wert von bis zu zehn Milliarden Dollar durch die Sahara gen Europa geschleust, so Uno-Experten.

Minuten nachdem im November 2009 eine Boeing 727 nördlich von Gao auf einer provisorischen Piste mitten in der Wüste aufgesetzt hatte, luden Helfer mehrere Tonnen Kokain in wartende Allradfahrzeuge um. Danach steckten sie die Maschine, die in Venezuela gestartet und dann auf einmal von den Radarschirmen verschwunden war, in Brand.

Kidnapping ist der zweite sehr einträgliche Geschäftszweig der Qaida-Terroristen und Extremisten in der Region. Derzeit befinden sich ein gutes Dutzend westliche und sieben algerische Geiseln in ihrer Gewalt. Mehr als 100 Millionen Euro Lösegeld sollen die Banden bislang kassiert haben. Allein 30 Millionen Euro fordern jetzt Mujao-Kidnapper für eine spanische und eine italienische Geisel. Die Entführer sind ortskundig und mobil, sie legen mit ihren Opfern – wenn nötig auch nachts – 1000 bis 2000 Kilometer zurück. Sie orientieren sich an Felsen und Dünen, Satellitentelefone bleiben ausgeschaltet, niemand kann solche Konvois orten.

Auch ein deutscher Bauingenieur wird zurzeit vermutlich von der Qaida festgehalten. Ende Januar war er im nigerianischen Kano verschleppt worden, erst Ende März erhielt seine Familie ein Lebenszeichen: In einem Video bat der erschöpfte Gefangene die Bundesregierung, sein Leben zu retten.

Die meisten der Geiseln werden wohl im Großraum Taoudenni im Länderdreieck von Mali, Mauretanien und Algerien festgehalten. In der steinigigen Gegend gibt es kaum Wasserstellen, die Temperaturen können auf bis zu 50 Grad im Schatten ansteigen.

Ecowas-Politiker wollen nun Truppen in das Tuareg-Revier entsenden. Aber das wäre ein Himmelfahrtskommando: Zu groß ist der Heimvorteil der Gegner, sie kennen die Wüste wie sonst kaum jemand, und wahrscheinlich haben sie auch die besseren Waffen. Sahel-Kenner Gregory Mann ist skeptisch, ob sich die Region retten lässt: „Es wird ein weiter Weg zurück werden“, sagt er, „für den Norden, für ganz Mali, aber auch für die Idee von einer repräsentativen und integrativen Regierung.“

HORAND KNAUP